

06.06.2021; Der Tagesspiegel

Nicht nur Rituale an Gedenktagen Für eine neue Kultur des Erinnerns

Johanna Korneli Max Czollek Jo Frank.

Traditionelle Rituale an Gedenktagen spiegeln nicht mehr die Pluralität der deutschen Gesellschaft wider. Die Beschäftigung mit der Vergangenheit muss auch europäischer werden.

Der Historiker Michal Bodemann beschrieb staatliche und zivilgesellschaftliche Erinnerung in Bezug auf die Shoah schon 1996 als „Gedächtnistheater“. Die Intention dieses Erinnerns ist demnach das bundesrepublikanische Narrativ der Gutwerdung Deutschlands.

Dabei werden Erinnerungsmomente von der Shoah über die terroristische Gewalt der RAF bis zum SED-Unrecht in der DDR als in sich abgeschlossene historische „Kapitel“ behandelt, womit insbesondere Kontinuitäten rechten Terrors abgeschwächt werden.

Diese Deutung der Geschichte führt zu Verzerrungen und Gedächtnislosigkeit – und zu einer Banalisierung der wichtigen Rolle, die Erinnerungskulturen für plurale Demokratien spielen.

Erinnerungskulturen vermitteln eine Deutung von Geschichte, eine Interpretation von Vergangenheit. Sie verraten auch etwas über eine bestimmte Wahrnehmung der Gegenwart durch diejenigen, die Erinnerungsrituale gestalten. Erinnert man beispielsweise an den Widerstand gegen den Nationalsozialismus vor allem mit Menschen wie Sophie Scholl oder Stauffenberg, so drückt sich darin eine Vorstellung von der Zentralität und Relevanz der bürgerlichen Mitte für eine postnationalsozialistische Gesellschaft aus.

Erscheinen Jüdinnen und Juden ausschließlich als Opfer wie bei den Gedenktagen des 9. November (Pogromnacht) und des 27. Januar (Befreiung von Auschwitz), weist ihnen das auch in der Gegenwart einen Opferstatus zu, von dem sie sich immer neu emanzipieren müssen.

Erinnerungskulturen sind Identitätsangebote. Wer sich wann, wo und wie erinnert und wessen Erinnern sichtbar gemacht wird – durch staatliche Förderung, durch Ausstellungen, Denkmale oder Gedenktage –, all das steht im direkten Zusammenhang mit der Frage, wie sich eine Gesellschaft selbst erzählt, wer zu ihrem Wir dazugehört.

Erinnerungskultur ist also nicht unschuldig. Sie erfüllt ideologische Funktionen. Sie schafft Deutungsangebote und Platz für die verschiedenen Menschen, die eine Gesellschaft ausmachen oder eben nicht.

Das lässt sich an den Jubiläen des Mauerfalls 2019 und der Vereinigung 2020 nachvollziehen. Die Gedenkreden erzählten das Ende der Teilung Deutschlands als glückliche Fügung, auf die alle Bewohner:innen dieses Landes stolz sein dürften. Die Erfahrung von Gastarbeiter:innen und ihren Kindern, Afrodeutschen, Jüdinnen und Juden und den vielen weiteren als anders markierten blieb weitgehend unerwähnt.

Für viele Menschen markieren die Daten 1989/1990 keine Freudenzeit, sondern den Beginn systematischer Übergriffe und Verfolgung – von Rostock-Lichtenhagen über Mölln bis Hoyerswerda und zahlreiche andere. Gerade diese Ambivalenz der Erinnerung mag schwer zu ertragen sein für diejenigen, die den Mauerfall gern als nationale Vereinigungsfeier auf die Bühne des Gedächtnistheaters stellen wollen.

Auch diese Erinnerungsmomente brauchen Raum

Und dann gibt es auch noch die Erinnerungsmomente, die zum pluralen Deutschland und seinen Einwohner:innen gehören, die noch gar keinen Raum im deutschen Erinnerungsnarrativ haben: der Krieg in

Afghanistan, in Syrien, im Irak, die Revolution im Iran, die Migration als Ergebnis der Implosion der Sowjetunion, das Leben als Nachfahren kolonialer Unterdrückung.

Auch diese Erinnerungsmomente brauchen Raum, will die plurale Demokratie Erinnerung so gestalten, dass alle Menschen darin repräsentiert werden und nicht nur einige.

Eine plurale Gesellschaft braucht eine andere plurale Erinnerungskultur, die ihrer eigenen inneren Vielfalt gerecht wird. Denn in einer radikal vielfältigen und selbstbewussten Gesellschaft wie der deutschen genügt es nicht mehr, eine Geschichte zu erzählen. Für die Erinnerungskultur ist deshalb nicht erst mit der Debatte um Stadtschloss, Humboldt Forum, Frankfurter Paulskirche und Potsdamer Garnisonkirche eine Zeit der kritischen Selbstbefragung hegemonialer Narrative angebrochen.

Zweifelsohne ist eine solche Suche nach Räumen pluraler Erinnerung keine leichte Aufgabe. Aber wer hätte je behauptet, dass Erinnerung in einer pluralen Demokratie leicht sei.

Wofür eigentlich erinnern? Die Antwort darauf sollte nicht einfach lauten: weil es geschehen ist. Sondern auch: weil es nie wieder geschehen sollte.

Dies bedeutet nicht weniger als den Versuch einer kritischen Neufassung von Erinnerungskultur. Eines der herausragenden verbindenden Charakteristika der Verbrechen des 20. und frühen 21. Jahrhunderts findet sich im nationalistischen Drang zur Homogenisierung.

Das gilt nicht nur für die Alliterationen des Hasses der jüngeren deutschen Geschichte von Hanau bis Halle, sondern auch für Belfast, Bagdad, Burundi, Bangladesh oder Bosnien-Herzegowina. Eine plurale Erinnerungskultur, die die Gesellschaft so einrichten möchte, dass sich die Verbrechen der letzten Jahrhunderte nicht wiederholen, muss diesen Fantasien von Homogenisierung und nationaler Größe begegnen, die derzeit von Seiten nicht nur europäischer Populist:innen in Stellung gebracht werden.

Solche Fantasien sind nicht die einzige Spielwiese einer politischen Rechten. Vielmehr lässt sich beobachten, wie sich nationalistische und vereinheitlichende Erinnerungsnarrative in der Gegenwart über das gesamte politische Spektrum hinweg verfestigen.

Wenn wir als Teil einer pluralen Gesellschaft also dem homogenisiertem Erinnern die Pluralität der Geschichte entgegenstellen; wenn wir darauf beharren, dass plurale Erinnerungskultur bedeuten sollte, die Gesellschaft so einzurichten, dass sich die Verbrechen der Geschichte nicht wiederholen; wenn wir insistieren, dass Gedenken auch Diskriminierungskritik bedeuten muss, dann wird Erinnerungskultur zu einem Teil der wehrhaften pluralen Demokratie.

Auf deutschen Straßen schreit sich der Antisemitismus heiser

Und diese Wehrhaftigkeit muss auch eine Kritik einseitiger und vereinheitlichender Aufführungen gegenwärtiger Erinnerungskulturen beinhalten.

Auf deutschen Straßen schreit sich der Antisemitismus heiser, während man in den Feuilletons über importierten Antisemitismus diskutiert, als gäbe es keine antisemitische Geschichte und Gegenwart von Gelsenkirchen bis Berlin. Und als seien Israel hassende Demonstrant:innen, deren Eltern und Großeltern irgendwann nach Deutschland kamen, nicht Teil dieser Gesellschaft.

Der Zustand der gegenwärtigen Debatten ist gefährlich, weil er auf der einen Seite eine unglaubliche Erfolgsgeschichte inszeniert, während er auf der anderen Seite unterschiedliche diskriminierte Minderheiten gegeneinander ausspielt.

Das hat mehr, als man vielleicht auf den ersten Blick denken mag, mit Erinnerungskultur zu tun. Von „importiertem Antisemitismus“ spricht etwa, wer dem eingeübten Narrativ aufsitzt, dass Deutschland als

„Erinnerungsweltmeister“ Antisemitismus bewältigt habe. Und dass deshalb gegenwärtiger Antisemitismus von außen kommen müsse.

Dem steht die Tatsache einer zunehmend pluraleren Gesellschaft gegenüber, in der die Unterscheidung zwischen Deutschen und den Anderen unplausibel wird. Die dabei entstehende Spannung zwischen Gedächtnistheater und Vielfalt macht eine radikale Wende in der Erinnerungskultur möglich.

Ziel ist der Abschied von einem identitätspolitischen, monokulturellen Modell hin zur Etablierung von Erinnerungskulturen, die die Vielfalt deutscher und europäischer Erinnerungsmomente in sich aufnehmen. Und das meint ausdrücklich auch jene Teile der Gesellschaft, die Flucht und Vertreibung, Gewalt und Entmündigung erlebt haben, innerhalb und außerhalb Deutschlands.

Im Rahmen unserer Arbeit der Dialogperspektiven findet diese Anerkennung seit Jahren statt. Unsere Teilnehmer:innen kommen aus ganz Europa, mit vielfältigen religiösen und nichtreligiösen Identitäten und familiären Verbindungen in die ganze Welt und verhandeln vielfältigste Erinnerungsmomente miteinander. Die Pluralisierung deutscher und europäischer Erinnerungskulturen muss zugleich an den Strukturen der Bildungspolitik ansetzen, von der Kita über Lehrpläne bis zur Hochschulpolitik. Es braucht die Beteiligung von Ministerien Religionsgemeinschaften und Kulturinstitutionen, Polizei und Gerichten, damit eine Vorstellung entwickelt werden kann, die Erinnerungskultur im Sinne einer wehrhaften Demokratie neu fasst.

Um diese Entwicklung zu stärken, wurde die „Coalition for Pluralistic Public Discourse“ (CPPD) initiiert, ein Netzwerk von Künstler:innen, Intellektuellen, Wissenschaftler:innen verschiedenster Hintergründe und Disziplinen. Bei dieser Arbeit geht es nicht darum, die in den vergangenen Jahrzehnten entwickelte deutsche Erinnerungskultur in Gänze zu dekonstruieren.

Ziel ist eine Weitung des Blicks. So könnte der 27. Januar als Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus auch weitere Gruppen von im Nationalsozialismus Ermordeter in unser Gedenken miteinschließen – Sinti**z*ze und Roma**n*ja, Homosexuelle, Menschen mit Behinderung.

Das klingt kompliziert und ist es auch

Oder man könnte dem 9. November und 27. Januar noch einen weiteren Tag beistellen, der auch an jüdischen Widerstand erinnert. Sei es der 8. Mai, weil viele Jüdinnen und Juden Nazideutschland an der Seite der Alliierten besiegten. Oder sei es der 19. April, an dem 1943 der Aufstand im Warschauer Ghetto begann.

In diesen Vorschlägen kündigt sich nicht zufällig, auch die Europäisierung des Erinnerns an. Die Herausforderungen liegen dabei auf der Hand und reichen von Relativierung bis Gleichsetzung, gegenseitiger Diskriminierung bis Opferkonkurrenz.

Das klingt kompliziert und ist es auch. Aber diese Schwierigkeiten sind Ausdruck einer Spaltung der Gesellschaft, die auch erinnerungskulturell seit Jahrzehnten existiert.

Durch plurale Zugänge, durch Hörbarmachen und Solidarisierung entsteht ein neues Bild der Gesellschaft, in der wir leben. Ein Fokus auf Verschiedenheit der Erinnerung kann dabei in ihren verletzlichen, ihren schmerzhaften und verstörenden Dimensionen die unterschiedlichen Mitglieder dieser Gesellschaft ansprechen. Sie könnte zu einem Katalysator für Veränderungsprozesse werden, die über die vorwegnehmenden Versöhnungsgesten, Kränze, die wohlmeinenden Beschwörungen und das ewige Erschrecken vor der eigenen gewaltvollen Gegenwart hinausgeht.

Diese Gesellschaft hat sich seit 1945 selbst immer wieder das Versprechen gegeben, eine andere, gerechtere, weniger gewaltvolle zu sein. Wenn es dieser Gesellschaft ernst ist mit ihrem Wunsch, anders zu werden, braucht sie auch eine andere Erinnerungskultur. Und diese muss plural sein.

Johanna Korneli ist Programmleiterin des Programms „Dialogperspektiven. Religionen und Weltanschauungen im Gespräch“ und der CPPD. Max Czollek ist Essayist, Lyriker und akademisch-künstlerischer Leiter der CPPD. Jo Frank ist Verleger, Autor sowie Director for Development der Leo Baeck Foundation. Die Veranstaltung „Perspektiven auf pluralistisches Erinnern“ findet am 7. Juni 2021 im Rahmen der Langen Nacht der Ideen statt. Mehr Informationen unter: <https://dialogperspektiven.de/events/Indi2021cppd/>

8 Kommentare

1. Apfelansager 06.06.2021 17:30 Uhr Gemeinsam erinnern kann man nur, was man gemeinsam erlebt hat. Hier eine Pluralität zu fordern, mutet daher seltsam an.

1.

1. alltimehigh Apfelansager

06.06.2021 19:33 Uhr Gemeinsam erinnern kann man nur, was man gemeinsam erlebt hat. Nicht zwingend.

2. Apfelansager alltimehigh

07.06.2021 12:35 Uhr Doch, genau so verhält es sich. Andernfalls können Sie nur am Erinnern des Anderen teilnehmen. Früher war das als Dia-Abend berüchtigt.

3. alltimehigh Apfelansager

07.06.2021 13:00 Uhr Nein, es gibt auch ein kollektives Erinnern und Gedenken.

4. Apfelansager alltimehigh

07.06.2021 15:20 Uhr Was meinen Sie, dass "kollektiv" bedeutet?

5. alltimehigh Apfelansager 07.06.2021 16:03 Uhr <https://www.duden.de/rechtschreibung/kollektiv>

2. klausundklaus 06.06.2021 17:17 Uhr

.... will die plurale Demokratie Erinnerung so gestalten, dass alle Menschen darin repräsentiert werden...

Dieser Anspruch spiegelt für mich Deutschen Größenwahn wider. Wir versuchen mal wieder zu bestimmen, was universal für die Menschen gut und richtig ist.

Und als seien Israel hassende Demonstrant:innen, deren Eltern und Großeltern irgendwann nach Deutschland kamen, nicht Teil dieser Gesellschaft.

Doch, das sind sie. Aber eben nicht Teil unserer Geschichte...

3. jessica666 06.06.2021 17:10 Uhr

Erinnerungskulturen vermitteln eine Deutung von Geschichte, eine Interpretation von Vergangenheit.

Und eben am 6. Juni denke ich mir: könnte ich eigentlich heute in BRD leben, meinen Mann und viele Leute kennen lernen, wenn vor 77 Jahren in Frankreich etwas schief gelaufen wäre?

An Tagen wie der heutige, denke ich praktisch ganze Zeit nach.

A ✨ M ✨ S ✨ G,

Jessica666

Versuch der Versöhnung mit Namibia Zweierlei Verbrechen



Hans Monath

Spät hat Deutschland seine Schuld für Kolonialverbrechen in Namibia anerkannt. Die Erinnerung an sie steht nicht im Widerspruch zu der an den Holocaust. Ein Kommentar.

Es war ein Völkermord mit Ankündigung. „Innerhalb der deutschen Grenzen wird jeder Herero mit oder ohne Gewehr, mit oder ohne Vieh, erschossen. Ich nehme keine Weiber und Kinder mehr auf, treibe sie zu ihrem Volk zurück oder lasse auf sie schießen“, heißt es im Vernichtungsbefehl des Generals Lothar von Trotha vom 2. Oktober 1904.

Tausend von Einwohnern des Hererolandes verdursteten danach in der Wüste. Vor allem der Kommandeur der deutschen „Schutztruppen“ in Deutsch-Südwestafrika, heute Namibia, war verantwortlich dafür, dass bei der brutalen Niederschlagung von Aufständen durch sein Militär rund 65.000 von 80.000 Herero und mindestens 10.000 von 20.000 Nama ums Leben kamen.

Lange herrschte Desinteresse gegenüber Kolonialverbrechen

Fast 120 Jahre hat es gedauert, bis Deutschland diese Gräueltaten nun als Völkermord anerkennt, sich zu seiner historischen Schuld bekennt und die Nachkommen der Herero und Nama um Vergebung bittet. Nach sechs Jahren Verhandlung mit Namibia betonen beide Seiten in einer gemeinsamen Erklärung ihren Willen zur Versöhnung, als Geste der Anerkennung wird Geld aus Deutschland nach Namibia fließen.

Dass diese Einigung so lange auf sich warten ließ, ist beschämend. Aber das lange Desinteresse an diesen Verbrechen der Vergangenheit hängt auch damit zusammen, dass Deutschland seine Kolonien schon mit der Niederlage im Ersten Weltkrieg verloren hatte. Länder wie Frankreich oder Großbritannien wurden durch den Prozess der Dekolonisation erschüttert und dadurch gezwungen, sich mit der hässlichen Seite ihrer Vergangenheit auseinander zu setzen.

Eine solcher Herausforderung blieb der Bundesrepublik lange erspart. Nach dem Zweiten Weltkrieg dominierte wie in der Weimarer Republik das Bild einer angeblich wohlwollenden deutschen Kolonialpolitik. Und bei der Bewältigung der Vergangenheit konzentrierten sich die deutsche Politik und Gesellschaft auf den nationalsozialistischen Völkermord an den Juden, den Holocaust.

[Wenn Sie alle aktuellen Nachrichten live auf Ihr Handy haben wollen, empfehlen wir Ihnen unsere App, die Sie [hier für Apple- und Android-Geräte herunterladen können.](#)]

Genau hier setzen heute Vertreter der „Postcolonial Studies“ an, die eine Art von Erinnerungskonkurrenz konstatieren und die Konzentration des Gedenkens auf den Holocaust sowie dessen Singularität infrage stellen. Sie konstruieren Kontinuitäten, sehen den Völkermord an den Herero und Nama als Vorläufer des Völkermords an Juden, Sinti und Roma an.



Verdrängt das Gedenken an den Holocaust, hier am Mahnmal für die ermordeten Juden Europas, das an die Kolonialverbrechen? Manche Vertreter der "Postcolonial Studies" argumentieren so. © Doris Spiekermann-Klaas TSP

Doch gegen diese Behauptung der Kausalität stehen starke Argumente. Es geht nicht um eine Relativierung deutscher Schuld in Südwest-Afrika, wenn Historiker in diesem Zusammenhang auf Kolonialverbrechen Italiens in Libyen und Äthiopien, Frankreichs in Algerien, Belgiens im Kongo oder Großbritanniens in Indien verweisen.

Die rassistischen Motive waren ähnlich, die herrschende Rücksichtslosigkeit war ähnlich, die Zahl der Opfer erreichte ähnliche Dimensionen. Doch keine dieser Nationen hat im Zweiten Weltkrieg versucht, ein ganzes Volk auszulöschen und Juden ermordet, weil sie Juden waren.

Das Festhalten an der These von der Singularität des Holocaust steht einer Auseinandersetzung mit den Kolonialverbrechen nicht im Weg. Längst wird auch dieser Teil deutscher Geschichte in Schulen behandelt. So erfreulich das Abkommen mit Namibia nun ist: Es wird kein Endpunkt der Auseinandersetzung mit diesem Teil der Geschichte sein. Die deutsche Gesellschaft, das zeigt die Debatte über koloniales Raubgut in Museen, macht sich auf, sich ihr zu stellen.